

SOS Weltmeer!

Greenpeace setzt sich für den Schutz und Erhalt der Weltmeere sowie aller Pflanzen, Tiere und Menschen ein, die auf sie angewiesen sind.



Welthandel contra Weltmeere

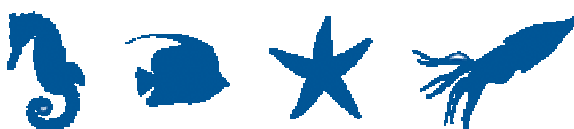
Greenpeace-Studie „Trading away our Ocean“ belegt negative Auswirkungen einer Handelsliberalisierung auf die Zerstörung der weltweiten Fischbestände

Handelsliberalisierung kennt keine Grenzen. Paradebeispiel für die umfassende Globalisierung unserer Welt ist vor allem der Handel mit Fisch. Dabei spielen nicht nur Handelserleichterungen in bilateralen Abkommen eine große Rolle. Auch in der Welthandelsorganisation WTO wird im Rahmen der gegenwärtig ruhenden Doha-Runde die Beseitigung von Zöllen und Handelsbarrieren für Fischereiprodukte verhandelt. Liberalisierungsbefürworter argumentieren, dass der Handel mit Fisch für viele Entwicklungsländer enorm wichtig ist und sie durch den Wegfall von Zöllen und Handelsbarrieren besseren Zugang zu den Märkten im Norden - und damit höhere Einkommen - erzielen könnten. Diese Argumentation ist aber schlicht falsch. Dass eigentlich genau das Gegenteil passiert, belegt die aktuelle Greenpeace-Studie „Trading away our Ocean“ anhand von Daten der UN, der OECD und der EU.

Greenpeace zeigt in der Studie, dass eine weitere Liberalisierung des Handels mit Fischereiprodukten einzig sehr wenigen, entwickelten Fischexportländern nutzt. In allen anderen Ländern führen steigende Nachfrage und fallende Preise zu einer raschen Ausbeutung der Fischgründe und damit zu mittelfristigen wirtschaftlichen Verlusten und negativen sozialen Auswirkungen. Nur Länder mit einem sehr strikten, nachhaltigen Fischereimanagement können der größten Gefahr der Liberalisierung – der Ausbeutung ihrer Fischbestände - trotzen. Dass derzeit noch nicht einmal die Industrieländer in der Lage sind, ihre Fischbestände nachhaltig zu bewirtschaften, zeigen offizielle Zahlen der Welternährungsorganisation FAO: Drei Viertel aller Fischgründe weltweit befinden sich jetzt schon in einem kritischen Zustand. Der durch eine Liberalisierung ausgelöste Druck auf die Fischbestände nimmt also stark zu.

Entsprechende Fallstudien des UN-Umweltprogramms UNEP für Argentinien, Mauretanien und dem Senegal verdeutlichen die zerstörerischen Effekte einer Liberalisierung auf Wirtschaft, Gesellschaft und die natürlichen Fischereiressourcen in diesen Ländern. Handelsliberalisierungen im Fischereiwesen führen demnach höchstens kurzfristig zu Gewinnen für kleine Gruppen der Gesellschaft. Im Gegenteil: Sie nutzen vor allem den importierenden Ländern im Norden. Sehr rasch kommt es durch die Überfischung zu fallenden Erlösen pro Tonne Fisch, zu Verteuerungen und Verknappungen auf den lokalen Märkten und zu einem Verlust der biologischen und genetischen Vielfalt im Meer.

Besonders problematisch ist die zunehmende Konkurrenz zwischen dem Fischfang für die Ernährungssicherheit im Süden und der Produktion von Fischmehl und Fischöl. Die Nachfrage nach Fischmehl und -öl als Futter für hochwertigen Zuchtfisch (Shrimps, Lachs, Tunfisch) nimmt derzeit stark zu. Insbesondere Fischarten, die bisher als preiswertes Nahrungsmittel auf den lokalen Märkten in Afrika gehandelt wurden, werden so für die Produktion von teuren Nahrungsmitteln zum Verzehr in Industrieländern verwendet. Eine fatale Kausalkette, denn viele der betroffenen Länder fallen in die Kategorie „Low Income Food Deficit Country“ (LIFDC – Land mit niedrigem Einkommen und Nahrungsmitteldefizit), für die eine grundlegende Ernährungssicherheit ein dramatisches Problem darstellt.



Auch bildet sich über die zunehmende Handelsliberalisierung eine neue Struktur des globalen Fischmarktes aus. Insbesondere die AKP-Länder (Afrika, Karibik, Pazifik) gehören dann über die so genannte „Preference Erosion“¹ zu den Verlierern: Sie genießen derzeit im Rahmen von Lomé- bzw. Cotonou-Abkommen spezielle Handelsvergünstigungen mit der EU, welche bei einem Abschluss der Doha-Runde in der WTO wegfallen würden. Die Verarbeitung von Fisch wird sich zunehmend nach Asien verlagern, wo eine Kombination aus niedrigen Löhnen und modernen Anlagen einen entsprechenden Wettbewerbsvorteil garantieren. So wird z.B. Thailand bei der Herstellung von Konserventunfisch die führende Rolle übernehmen. Kleinere Produzenten in Westafrika verlieren dann mit Sicherheit die gewinnbringende Verarbeitung und spielen nur mehr als „Rohstofflieferant“ eine Rolle.

Für die entwickelten Länder zeigt sich ein zwiespältiges Bild. Zum einen sinken kurzfristig die Preise und die Konsumenten profitieren. Zum anderen können die Fischereiflotten im Norden – und damit auch in der EU - immer weniger mit der asiatischen Konkurrenz mithalten. Da Flotten-Überkapazitäten nicht so einfach in andere Wirtschaftszweige umgeleitet werden können, besteht die große Gefahr, dass es zu einer noch stärkeren Ausbeutung der bereits geschädigten Fischbestände kommt. Mittelfristig wird sich die Überfischung der Fischbestände für alle Akteure negativ auswirken.

Dass weitere Handelsliberalisierungen gerade im Fischereiwesen verheerende Auswirkungen für die Umwelt und die Länder des Südens haben, liegt teilweise an der Charakteristik der Ware Fisch: Fisch ist – entgegen früherer Meinung – eine begrenzte, nachwachsende natürliche Ressource, deren Produktion nicht unendlich gesteigert werden kann. Dazu trägt aber auch Logik der gegenwärtigen Handelsliberalisierung bei: Sie bedeuten vor allem einen enormen Ressourcentransfer von Süden nach Nord.

Greenpeace lehnt daher jegliche weitere Liberalisierung des Handels mit Fischereiprodukten strikt ab und fordert die Regierungen weltweit auf, wirksame Maßnahmen für eine nachhaltige Fischereiproduktion umzusetzen. Unsere Weltmeere stecken bereits tief in der Krise – und mit ihnen all jene Länder, die auf Fisch als Nahrungsgrundlage zur Ernährungssicherung angewiesen sind.

Mehr Informationen und die komplette Greenpeace-Studie unter: www.greenpeace.at/meere.html

Stand: 16. Januar 2007

1

